

# Wegwerfgesellschaft evoziert Bildungskrise

EINE POLEMIK ÜBER DIE BEDEUTUNG VON BILDUNGSINVESTITIONEN

**Wie wichtig sind Investitionen in die Bildung? Abgesehen von der Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland, mit allen Konsequenzen für unseren Lebensstandard, könnte mangelnde Bildung weit reichende Folgen für unsere Gesellschaft haben, warnt Klett-Sprecherin Hannelore Ohle-Nieschmidt.**

Seit Beginn des Wirtschaftswunders – Ende der 50er-, Anfang der 60er-Jahre – ist beständig steigender Konsum für die Deutschen zur Selbstverständlichkeit geworden. Gegen eine lahmende Konjunktur ist er das Patentrezept. Entspricht dieser Durchlauferhitzer des Kaufens und Wegwerfens aber verantwortungsvollem Handeln mit Blick auf die Zukunft? Wären nicht Investitionen, z. B. in unsere Bildung und die unserer Kinder, sehr viel sinnvoller, weil nachhaltig?

Einem ähnlichen Prinzip folgt die Vermittlung von Wissen: Komplexe Inhalte werden in Lernziele zerhackt, ins Kurzzeitgedächtnis aufgenommen und wieder verworfen. Von einer umfassenden Bildung kann kaum noch die Rede sein. Wurde damit der Grundstein für das heute übliche „Konsumieren“ von Inhalten gelegt: Ohne Zusammenhang, ohne Nachhaltigkeit, ohne Sinn? Vielleicht ist es ein Glück, dass die Probleme erst jetzt durch TIMSS und PISA aufgedeckt wurden. Immerhin besteht nun die Chance, dass die Ursachen erkannt und korrigiert werden und dass ausnahmsweise nicht alle Kritik aus ideologischen Gründen im Keim erstickt wird. Wohlgedenkt: Es besteht die Chance. Ob sie genutzt wird, muss sich zeigen.

Es steht in diesem Land nicht gut um die Bildung, und es kann sein, dass dadurch unsere Demokratie in Gefahr gerät. Bildung ist die Fähigkeit, Historie mit Gegenwart zu verknüpfen, sie zu verweben mit Erlebtem, Erfahrung und Vorausschau. Nur wer gebildet ist, ist fähig zum eigenen Urteil. Wer Dinge gegeneinander abwägen kann, statt reflexhaft seinen Gefühlen zu folgen, entwickelt Gerechtigkeitssinn und eine Moral, die nicht nur sich selbst und den eigenen Vorteil im Blick hat.

Wir haben durch eine Bildung und Ausbildung, die sich an Markt- und Wirtschaftsbedürfnissen orientiert, vergessen, wie motivierend, faszinierend und beglückend Lernen sein kann. Aus eigenem Antrieb und eigener Begeisterung, intrinsisch motiviert also. Niemand kann gegen seinen Willen belehrt werden.



Ernst Klett Verlag

Hannelore Ohle-Nieschmidt, Sprecherin des Ernst Klett Verlags

Menschen, die nicht mehr an Hintergrundberichten und unterschiedlichen Meinungen interessiert sind, sorgen auch für eine Konzentration der Presse und bringen so die Pressefreiheit in Gefahr. Wer nicht merkt, dass Politikerinnen und Politiker sich aus Profilierungssucht in Defätismus üben, wird manipuliert, sich von Staat und Politik abzuwenden. Nur wer gebildet ist, hat eine eigene Meinung. Die Meinungsfreiheit, höchstes Gut unserer – gemessen an anderen – noch jungen Demokratie, ist in Gefahr!

## Hehre Regierungsziele kaum zu erreichen

ZUKUNFT DER BILDUNGSREFORM: FAKTEN UND HINTERGRÜNDE

**(cp). Deutschland ist eine Wissensgesellschaft und Wissen ihre wichtigste Ressource. Zahlreich sind die Bildungsinitiativen von Bund und Ländern. Bildungsstandards sollen beschlossen, Ganztagschulen aufgebaut und Schulen selbstständiger werden. Die Debatte um die Frage der Wissensvermittlung ist in vollem Gang. Wie aber steht es um die Bildungsreform?**

Nicht erst seit Veröffentlichung der PISA-Studie ist bekannt: Der Bildungsbereich ist verbesserungsbedürftig. Bereits 1998, noch vor PISA, initiierte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BmBF) einen Runden Tisch mit dem Titel „Forum Bildung“: Bund und Länder sowie Vertreter aus Wissenschaft und Gesellschaft diskutierten Bildungsmaßnahmen und eröffneten damit eine breit angelegte Bildungsdebatte. Nach der Publikation der PISA-Ergebnisse beschleunigte sich die Diskussion. Einstimmig wurde Bildungspolitik zum obersten Ziel von Politik und Gesellschaft erklärt.

Doch die Realität spricht eine andere Sprache. Denn ebenso stark wie Bildungspolitik im Fokus der Öffentlichkeit steht, ist sie von einer Politik betroffen, die öffentliche Gelder kürzt, Haushalte konsolidiert und Sparmaßnahmen umsetzt. Der aktuelle Bildungsfinanzbericht (2000/2001), herausgegeben von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK), gibt Aufschluss darüber: Während 1995 noch 6% des Bruttoinlandsproduktes für Bildung ausgegeben wurden, waren es im Jahr 2000 lediglich 5,6% (der OECD-Durchschnitt lag 1999 bei 5,5%). Das meiste Geld kommt von den Ländern, die 1999 über 59,6 Mrd. Euro in Bildung investierten, gefolgt von den Gemeinden mit 15,7 Mrd. Euro und dem Bund mit 6,8 Mrd. Euro. Seit 1991 sind die Schülerzahlen um über 1 Mio. auf 12,6 Mio. gestiegen. Über die letzten zehn Jahre summiert sich außerdem der Kaufkraftverlust auf fast 30%. Er bewirkt zusammen mit Etatkürzungen, dass die Schulen heute – je nach Bundesland – nur noch ein Drittel bis die Hälfte der Lernmittel anschaffen können, die 1991 gekauft wurden.

Trotz Mittelkürzungen arbeiten Bund und Länder ehrgeizig an der Reform des Bildungssystems. So präsentierte Bundesbildungsministerin



BmBF

Edelgard Bulmahn, seit 1998 Bundesministerin für Bildung und Forschung, gehört seit 1987 dem Deutschen Bundestag und seit 1993 dem SPD-Vorstand an.

Edelgard Bulmahn Mitte 2002 ein Fünf-Punkte-Programm mit dem Titel „Zukunft Bildung“:

- Investitionsprogramm zum Ausbau von Ganztagschulen
- Festlegung nationaler Bildungsstandards
- Aufbau einer nationalen Evaluationseinrichtung unabhängiger Experten
- Nationaler Bildungsbericht und Einführung eines nationalen Rats der Bildungsweisen
- BLK-Aktionsrahmen für flächendeckende gemeinsame strukturelle Neuerungen zur Verbesserung des Unterrichts.

Neben der Bundesinitiative haben auch die Länder Konzepte zur Bildungsreform entwickelt. Die Kultusministerkonferenz (KMK) beschloss im Oktober 2002 ein Papier, das sieben zentrale Handlungsfelder beinhaltet.

### Qualität sichern via Standards

Einigkeit herrscht – trotz föderativer Strukturen – vor allem beim Thema Bildungsstandards. Mit bundesweit akzeptierten Standards sollen Schulen zentralisierte und evaluierbare Vorgaben zu Lerninhalten und Lernabschnitten bekommen: „Bildungsstandards formulieren überprüfbare Wissensbestände, grundlegende Fähigkeiten (Kompetenzen und Qualifikationen), Interessen, Einstellungen und Haltungen, die die Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Schullaufbahn oder an Schnittstellen erreicht haben sollen“, so die Kultusministerin Niedersachsens, Renate Jürgens-Pieper. Neu ist auch, dass Ziele definiert werden, die Umsetzung jedoch den Schulen überlassen bleiben soll. Ob damit allerdings die gewünschte Selbstständigkeit der Schulen bei knapper werdenden Budgets erreicht wird, bleibt fraglich.

Für das Abitur liegen indessen zwischen allen Bundesländern abgestimmte Vorlagen der einzelnen Fächer vor, die so genannten Einheitlichen Prüfungsanforderungen (EPAs). Musteraufgaben und Beispiele konkretisieren dabei das jeweils erwartete fachliche Niveau. Neue Prüfungsstandards für die Grund-, Haupt- und Realschule sollen laut KMK schrittweise bis Frühjahr 2004 folgen. Eine unabhängige Evaluationsagentur soll die Einhaltung der gesetzten Standards sicherstellen und Schulleistungsvergleiche ermöglichen. Wettbewerbsprinzip und Leistungsgedanke dominieren – die Effektivität der Schulen könnte tatsächlich überprüfbar werden. Angedacht ist außerdem eine regelmäßige nationale Bildungsberichterstattung, die von unabhängigen Experten und einem „Rat der Bildungsweisen“ umgesetzt wird. Ein erster Bildungsbericht ist für Herbst 2003 geplant.

Der BLK-Aktionsrahmen hingegen knüpft an die Empfehlungen des „Forum Bildung“ an und konzentriert sich auf die frühzeitige Behebung der gravierendsten Schwächen der Schüler (Lesen, Schreiben, Rechnen). Auch an einer besseren Lesekultur will die Kommission arbeiten und die



Hessisches Kultusministerium

Karin Wolff (CDU), Kultusministerin in Hessen und Präsidentin der Kultusministerkonferenz, ist nicht begeistert vom Regierungsvorhaben, 4 Mrd. Euro in den Aufbau von Ganztagsangeboten zu investieren und will das Geld für Schulbibliotheken verwenden.

Bandbreite an Partnern über den schulischen Bereich hinaus erweitern. Verlage, Bibliotheken, Rundfunkanstalten, Kommunen sowie Vertreter aus Lehrer- und Elternschaft sollen die Schule „öffentlich“ machen.

### **Ganztagschulen: pädagogische Konzepte der Länder gefordert**

Die Verständigung auf gemeinsame Bildungsstandards ist ein Novum föderativer Bildungspolitik. Doch das Bild der Einstimmigkeit zwischen Bund und Ländern trägt. Insbesondere das viel diskutierte Investitionsprogramm des Bundes „Zukunft Bildung und Betreuung“ sorgt für Kompetenzgerangel. Hier plant das BmBF die Länder mit 4 Mrd. Euro beim Aufbau von Ganztagsangeboten zu unterstützen: Bis 2007 sollen 10 000 Ganztagschulen geschaffen werden. Vor allem bei den Jahrgangsstufen 4 bis 10 sind solche Angebote hierzulande laut PISA Mangelware.

Auch abgesehen von ideologischen Vorbehalten stecken die Beteiligten hier in einer Zwickmühle: Während der Bund die Mittelzahlung an ein pädagogisches Konzept knüpft, wollen die Länder selbst über die Mittel bestimmen. Das hat weit reichende Folgen. Denn die zusätzlichen Gelder des Bundes können laut Grundgesetz nur für Sachkosten, wie etwa Speisesäle oder Turnhallen, verwendet werden. Die zusätzlichen Personalkosten für eine umfassendere pädagogische Betreuung müssen die Länder tragen. Das könnte einen Mehraufwand von bis zu 30% bedeuten. Hans Zehetmair, Wissenschaftsminister in Bayern, bringt es auf den Punkt: „Der Bund, der das Gehalt keines einzigen Lehrers bezahlt, mischt sich damit in die Kernkompetenz der Länder ein und versucht dort zu glänzen, wo er nichts zu sagen hat.“ Karin Wolff, hessische Kultusministerin und KMK-Präsidentin, kündigte bereits an, die Mittel für Schulbibliotheken zu verwenden. Ob dies ein adäquates pädagogisches Konzept ist, bleibt abzuwarten. Aber: ohne Konzept kein Geld. Und das erwartet der Bund bis spätestens Juni 2003 von den Ländern.

Als positives Signal für eine rasche Umsetzung der Bildungsreform kann das Arbeitsprogramm „Bildung, Forschung, Innovation – der Zukunft Gestalt geben“ gewertet werden. Ministerin Bulmahn stellte darin die Leitlinien für die kommende Legislaturperiode vor und kündigte einen Gipfel für Bildung und Betreuung mit allen Beteiligten an. Hier sollen insbesondere das pädagogische Profil für die Ganztagschulen, die nationalen Bildungsstandards und eine unabhängige Evaluationsagentur zu deren Überprüfung konkretisiert werden. Darüber hinaus werden die Ministerinnen Bulmahn und Wolff am 18. Februar im Roten Rathaus Berlin eine Pressekonferenz zum Thema Bildungsstandards veranstalten. Dabei soll eine entsprechende Expertise des Deutschen Instituts für internationale pädagogische Forschung vorgestellt werden. Ob die Bundesregierung ihr Ziel erreicht, in zehn Jahren unter den ersten fünf Bildungsnationen zu sein, ist nicht sicher. Unabhängig davon gilt es zunächst, enge Budgetgrenzen und föderative Strukturen zu überwinden, um die notwendigen Reformen umzusetzen. Das allein bedarf schon einiger Kraftanstrengung.

#### **Ansprechpartnerin**

##### **Hannelore Ohle-Nieschmidt**

Ernst Klett Verlag  
Leitung Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit  
Rotebühlstraße 77  
70178 Stuttgart  
Telefon: 07 11-66 72-16 73  
Fax: 07 11-66 72-20 10  
Mail: h.ohle-nieschmidt@  
klett-mail.de  
Internet: www.klett-verlag.de